

Vertrag

über die Erbringung von Projektsteuerungsleistungen zur Steuerung des Pakets 5

zwischen

der Stadt Bochum, Zentrale Dienste, Technisches Gebäudemanagement, Wittener Straße 47,
44777 Bochum, vertreten durch den Oberbürgermeister

– im Folgenden „AG“ genannt –

und

[...]

– im Folgenden „AN“ genannt –

– der AG und der AN werden nachfolgend gemeinsam und einzeln auch
„Vertragspartner“ genannt –

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
§ 1 Gegenstand des Vertrages	4
§ 2 Vertragsbestandteile, Vertragsgrundlagen	5
§ 3 Leistungsumfang des AN, stufenweise Beauftragung	7
§ 4 Rechtsgeschäftliche Vertretung, Vollmacht	13
§ 5 Leistungsänderungen	13
§ 6 Projektteam	14
§ 7 Örtliche Präsenz	15
§ 8 Einschaltung von Nachunternehmern	16
§ 9 Termine und Fristen	16
§ 10 Vergütung	17
§ 11 Rechnungsstellung und Zahlungen	19
§ 12 Abnahme	19
§ 13 Mängelrechte	20
§ 14 Haftung	20
§ 15 Versicherung	20
§ 16 Ereignisse höherer Gewalt	21
§ 17 Vertraulichkeit	21
§ 18 Datenschutz	23
§ 19 Rechteeinräumung	23
§ 20 Vertragslaufzeit, Kündigung	24
§ 21 Schlussbestimmungen	25

Präambel

Der AG steht als Schulträgerin vor der Herausforderung, dem stetig wachsenden Raumbedarf aufgrund der steigenden Schulanmeldungen im Bochumer Stadtgebiet zu entsprechen. In diesem Zusammenhang herrscht – neben dem Erfordernis an Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen bereits bestehender Schulgebäude – ein erheblicher Bedarf an der Schaffung neuer Sport- und Lernräume.

Dabei ist der AG nach dem Schulgesetz verpflichtet, Schulentwicklungsplanung zu betreiben. Zur Erfüllung dieser ihm gesetzlich obliegenden Pflicht plant der AG dem wachsenden Raumbedarf im Rahmen eines umfassenden Schulbauprogramms zu begegnen. Dieses beinhaltet erforderliche Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen für 27 schulische Einrichtungen. Das Programm umfasst dabei alle Schularten und bezieht sich auf Grund-, Förder- und weiterführende Schulen. Erste Grobkostenschätzungen des AG liegen inklusive Nebenkosten jeweils zwischen 4 und 145 Mio. EUR (brutto), gesamt bei rund 660 Mio. EUR (brutto).

Nachdem die Vergabeverfahren zur Umsetzung der ersten Schulbauprojekte begonnen haben, soll nunmehr die Vorbereitung der Baumaßnahmen für die Schulbauprojekte Liboriussschule, Vels-Heide-Schule, Natorpschule, Glückaufschule, Fried. u. Don-Bosco-Schule und Janusz-Korczak-Schule (nachfolgend „Einzelprojekte“ genannt) aufgenommen werden. Es handelt sich um folgende schulische Einrichtungen:

- a) Grundschule Liboriussschule, Josephinenstraße 80, Bochum (Neubau)
- b) Grundschule Vels-Heide-Schule, Sanderweg 25, Bochum (Anbau)
- c) Grundschule Natorpschule, Natorpstraße 51, Bochum (Sanierung / Umbau)
- d) Grundschule Glückaufschule, Bochumer Straße 69+71, Bochum (Neubau)
- e) Grundschule Fried.- u. Don-Bosco-Schule, Friederikastraße 19+21, Bochum (Verbindungsgebäude /Anbau)
- f) Förderschule Janusz-Korczak-Schule, Alleestr. 117 a+b, Bochum (Neubau).

Der Nutzungsbeginn für die schulischen Einrichtungen gemäß lit. a) – e) ist für das 3. Quartal 2030 und für Nutzungseinrichtung gemäß lit. f) für das 2. Quartal 2031 vorgesehen. Der AG benötigt Projektsteuerungsleistungen in Form der Projektstufen 1 bis 5 (Projektvorbereitung, Planung, Ausführungsvorbereitung, Ausführung, Projektabschluss) in den Handlungsbereichen: Organisation (A), Qualitäten (B), Kosten (C), Termine (D) sowie Verträge (E) nach Maßgabe der AHO-Schriftenreihe Nr. 9 (Stand 6. Auflage, Mai 2025).

Die weiteren Leistungen zur Umsetzung der Einzelprojekte sollen nach der Erstellung der (funktionalen) Leistungsbeschreibungen nach derzeitigem Stand für die schulischen Einrichtungen gemäß lit a), d), e) und f) jeweils an einen Totalunternehmer/Totalübernehmer vergeben werden, für die schulischen Einrichtungen gemäß lit. b) und c) sind nach derzeitigem Stand Vergaben an

Generalplaner und Generalunternehmer vorgesehen. Die Fördermittelsituation für die sechs Einzelprojekte ist noch nicht geklärt. Wenn und soweit die Einzelprojekte fördermittelfähig sein sollten, wird der AG auch Bedarf bei der Unterstützung im Hinblick auf ein etwaiges Fördermittelmanagement haben.

Der AG hat seinen Beschaffungsbedarf im Rahmen eines EU-weiten Ausschreibungsverfahrens (Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb) unter der Bekanntmachungs-Nr. [...] im EU-Amtsblatt ausgeschrieben. Dem AN wurde am [...] der Zuschlag erteilt.

Für die Umsetzung der vertraglichen Leistungspflichten vereinbaren die Vertragspartner Folgendes:

§ 1 Gegenstand des Vertrages

1.1 Gegenstand dieses Vertrages ist die Beauftragung des AN mit Projektsteuerungsleistungen im Rahmen des beabsichtigten Neubaus folgender schulischer Einrichtungen:

- a) Grundschule Liboriussschule, Josephinenstraße 80, Bochum (Neubau)
- b) Grundschule Vels-Heide-Schule, Sanderweg 25, Bochum (Anbau)
- c) Grundschule Natorpschule, Natorpstraße 51, Bochum (Sanierung / Umbau)
- d) Grundschule Glückaufschule, Bochumer Straße 69+71, Bochum (Neubau)
- e) Grundschule Fried.- u. Don-Bosco-Schule, Friederikastraße 19+21, Bochum (Verbindungsgebäude /Anbau)
- f) Förderschule Janusz-Korczak-Schule, Alleestr. 117 a+b, Bochum (Neubau).

(nachfolgend gemeinsam „**Einzelprojekte**“ und einzeln jeweils „**Einzelprojekt**“ genannt).

Der AG erwartet eine verantwortungsvolle und ihn als Bauherr bei Entscheidungen und Mitwirkungshandlungen aktiv unterstützende Projektsteuerung des AN, durch welche die in diesem Vertrag definierten Projektziele konsequent beachtet und verfolgt werden und die im Rahmen des vertraglichen Leistungsumfangs in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht sicherstellt, dass jedes Einzelprojekt unter Einhaltung der Projektziele vollständig, termingerecht und mangelfrei realisiert werden kann. Mit der Bündelung der vertragsgegenständlichen Einzelprojekte in einem Projektsteuerungsvertrag verfolgt der AG das Ziel einer effizienten Projektumsetzung („Projektsteuerung aus einer Hand“). Hierzu gehört auch, dass die vom AN angebotene Projektsteuerung und ihre Stellvertretung für alle vertragsgegenständlichen Einzelprojekte insgesamt durch eine Person besetzt wird, die als

primärer Ansprechpartner dem AG und den übrigen Projektbeteiligten zur Verfügung steht.

- 1.2 Der AN übernimmt für den AG die Projektsteuerung für die in Ziffer 1.1 genannten Einzelprojekte. Der konkrete Inhalt und Umfang der vom AN zu erbringenden Leistungen ergibt sich neben den Bestimmungen dieses Vertragstextes insbesondere aus den Leistungsbeschreibungen zu den Einzelprojekten, **Anlagenkonvolut 1**, den bepreisten Leistungsverzeichnissen zu den Einzelprojekten, **Anlagenkonvolut 12.1**, sowie aus den vom AN mit seinem Angebot eingereichten Konzepten (Personaleinsatzkonzept, **Anlage 12.2**, Organisationskonzept, **Anlage 12.3**, Konzept Methodische Herangehensweise, **Anlage 12.4**).

§ 2 Vertragsbestandteile, Vertragsgrundlagen

- 2.1 Bestandteile dieses Vertrages sind in nachstehender Geltungsreihenfolge:

- die Bestimmungen dieses Vertrages,
- die Leistungsbeschreibung, **Anlage 1**,
- die Leitlinie „Energetische Standards (Stand August 2025), im Folgenden „Energetische Leitlinien“, **Anlage 2**,
- die Schulbauleitlinie der Stadt Bochum, **Anlage 3**,
- das Konzept „Schöne Schulhöfe“, (Stand Dezember 2023), **Anlage 4**,
- die Leitbilder zur Dach- und Fassadenbegrünung städtischer Immobilien, **Anlage 5**,
- der Meilenstein-Terminplan (Stand Januar 2026), **Anlage 6**,
- das Muster Projektmeilensteine, **Anlage 7**,
- die Matrix Verantwortlichkeit (Stand Januar 2026), **Anlage 8**,
- die Schnittstellen Kostengruppe 700, Stand Januar 2026, **Anlage 9**,
- PKMS smino Sicherheitskonzept, **Anlage 11**,
- das bezuschlagte Angebot des AN, nebst seinen Anlagen, insgesamt **Anlagenkonvolut 12**, insbesondere den vom AN bepreisten Leistungsverzeichnissen, **Anlagenkonvolut 12.1**, und den eingereichten Konzepten (Personaleinsatzkonzept, **Anlage 12.2**, Organisationskonzept, **Anlage 12.3**, Konzept Methodische Herangehensweise, **Anlage 12.4**),
- Heft Nr. 9 der AHO Schriftenreihe „Projektmanagement in der Bau- und

Immobilienwirtschaft - Standards für Leistungen und Vergütung“ erarbeitet von der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“, 6. Auflage Stand Mai 2025 (im Folgenden „AHO Heft Nr. 9“).

Im Übrigen finden auf diesen Vertrag Anwendung:

- die Besonderen Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW (TVgG NRW), **Anlage 13**,
- soweit in diesem Vertrag nicht abweichend geregelt, die Allgemeinen Vertragsbedingungen der Stadt Bochum für freiberuflich Tätige (AVB), **Anlage 14**,
- das Pflichtenheft CAD und Layerstrukturen der Zentralen Dienste der Stadt Bochum in der bei Vertragsabschluss geltenden Fassung,
- alle für die Einzelprojekte bzw. den Vertragsgegenstand einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Vorschriften, Anordnungen und Auflagen, insbesondere die einschlägigen bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen sowie die Auflagen und Bedingungen der Bauaufsichtsbehörden, die einschlägigen technischen Normen, Richtlinien und Bestimmungen, auch die empfohlenen technischen Bestimmungen, mindestens jedoch die DIN-Normen, Hersteller-Richtlinien sowie die anerkannten Regeln der Technik und Baukunst unter Berücksichtigung der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit, insbesondere hinsichtlich der späteren Unterhaltungs- und Betriebskosten,
- die Regelungen des BGB, insbesondere die Bestimmungen des Werkvertragsrechts.

2.2 Dieser Vertrag und seine Anlagen beschreiben die Leistungen des AN kumulativ. Im Fall von Widersprüchen oder Unklarheiten zwischen den in § 2.1 genannten Bestimmungen wird klargestellt, dass die vorgenannte Reihenfolge der Rangfolge der Bestimmungen entspricht. Konkretisierungen in nachrangigen Bestimmungen gelten nicht als Widerspruch.

2.4 Soweit gemäß diesem Vertrag oder aus zwingenden gesetzlichen Bestimmungen keine abweichenden Vorgaben gelten, hat der AN alle Hinweis- und Anzeigepflichten im Rahmen seiner Leistungserbringung in Textform mit Hilfe elektronischer Mittel bzw. per E-Mail zu erfüllen. Der AN trägt die Beweislast für den Zugang der Mitteilung.

2.5 Allgemeine Vertrags- oder Geschäftsbedingungen des AN finden auf diesen Vertrag keine Anwendung, auch wenn der AG ihrer Geltung im Einzelfall nicht widerspricht oder die Leistungen des AN vorbehaltlos annimmt. Selbst wenn der AG auf ein Schreiben Bezug nimmt, das Geschäftsbedingungen des AN oder eines Dritten enthält oder auf solche

verweist, liegt darin kein Einverständnis mit der Geltung jener Geschäftsbedingungen. Dies gilt auch bei Nachtragsangeboten.

- 2.6 Hat der AN Bedenken gegen die ihm übergebenen Unterlagen oder die gemäß dieser Ziffer 2 einzuhaltenden Vorgaben oder stellt er Lücken, Widersprüche oder Unklarheiten bei der Erbringung seiner Vertragsleistungen fest, hat er den AG hierauf unverzüglich schriftlich hinzuweisen und darzulegen, wie diesen Bedenken Rechnung getragen werden kann oder wie diese Lücken, Widersprüche oder Unklarheiten geschlossen, verhindert oder beseitigt werden können. Aus verbliebenen Lücken, Widersprüchen, Unstimmigkeiten und Unklarheiten kann der AN keine Rechte ableiten.

§ 3 Leistungsumfang des AN, stufenweise Beauftragung

- 3.1 Der AN ist verpflichtet, für die Einzelprojekte sämtliche erforderlichen und zweckmäßigen Projektsteuerungsleistungen auszuführen, die für die ordnungsgemäße Durchführung und Fertigstellung der Einzelprojekte nötig sind. Dies umfasst die in diesem Vertrag und den Vertragsgrundlagen beschriebenen Leistungen, ohne dass damit die Leistungspflichten des AN abschließend bestimmt wären.
- 3.2 Der AN hat die für die Einzelprojekte festgelegten oder noch festzulegenden Projektziele während der gesamten Vertragslaufzeit zu überwachen und auf deren Einhaltung hinzuwirken. „**Projektziel**“ im Sinne dieses Vertrages meint dabei die für jedes Einzelprojekt entwickelten Planungs- und Überwachungsziele sowie etwaige Beschaffensvereinbarungen in Planungs-/Bauverträgen. Die Projektziele sind insbesondere:

- die Reduzierung der Planungs- und Bauzeiten,
- die Einhaltung der Termin- und Kostenvorgaben,
- die enge Zusammenarbeit mit dem lokalen Handwerk,
- die Reduktion der beim AG verbleibenden Bauherrenleistungen,
- die technische Beratung des AG in den Einzelprojekten,
- die Nachhaltigkeitsaspekte,
- die Vorbereitung der quartalsweisen Berichterstattung für den Multiprojektmanager. Ergänzend ist für den Multiprojektmanager ein Berichtsformat zum Stand jedes Einzelprojektes bestehend aus Excel-Tabellen mit Angaben zu Kosten, Terminen und Risiken zu befüllen.

Der AN hat für den Multiprojektmanager für die quartalsweise Berichterstattung ein Berichtsformat zum Stand jedes Einzelprojektes bestehend aus Excel-Tabellen mit Angaben zu Kosten, Terminen und Risiken zu befüllen. Des Weiteren ist der AN verpflichtet, die wesentlichen Ergebnisse der jeweils abgeschlossenen Leistungsphasen in das vom Multiprojektmanager zur Verfügung gestellte, projektübergreifende

Projektkommunikationssystem zu überführen.

Der AN hat sicherzustellen, dass in den Einzelprojekten die geforderten Qualitäten des AG, insbesondere die Schulbaurichtlinie des Landes Nordrhein-Westfalen, die Energetischen Leitlinien (**Anlage 2**) und die Schulbauleitlinie der Stadt Bochum (**Anlage 3**) sowie die Leitlinien der Stadt Bochum zu begrünten Dächern mit und ohne PV (**Anlage 5**), eingehalten werden.

3.3 Die Leistungen der Projektsteuerung teilen sich grundsätzlich in Projektstufen und Handlungsbereiche auf. Die für die Leistungserbringung des AN relevanten Projektstufen gliedern sich in:

- Projektstufe 1: Projektvorbereitung
- Projektstufe 2: Planung
- Projektstufe 3: Ausführungsvorbereitung
- Projektstufe 4: Ausführung
- Projektstufe 5: Projektabschluss.

Die Handlungsbereiche gliedern sich in:

- Handlungsbereich A: Organisation
- Handlungsbereich B: Qualitäten
- Handlungsbereich C: Kosten
- Handlungsbereich D: Termine
- Handlungsbereich E: Verträge.

Jede Projektstufe umfasst in der Regel Leistungen aus allen fünf Handlungsbereichen. Die vom AN in den jeweiligen Projektstufen für die jeweiligen Handlungsbereiche zu erbringenden Leistungen sind in den Leistungsbeschreibungen (**Anlagenkonvolut 1**) sowie in den bepreisten Leistungsverzeichnissen (**Anlagenkonvolut 12.1**) näher spezifiziert. Ergänzend gelten die Beschreibungen des AHO-Heftes Nr. 9.

3.4 Die Beauftragung des AN mit den vertraglich geschuldeten Leistungen erfolgt stufenweise.

Der AG beauftragt den AN mit Abschluss dieses Vertrages zunächst mit der Erbringung der in den Leistungsbeschreibungen (**Anlagenkonvolut 1**) und in den bepreisten Leistungsverzeichnissen (**Anlagenkonvolut 12.1**) genannten Grundleistungen der folgenden Projektstufen:

- **Projektstufe 1: Projektvorbereitung**
- **Projektstufe 2: Planung**

bezogen auf alle Einzelprojekte in den Handlungsbereichen

- **Organisation (A),**
- **Qualitäten (B),**
- **Kosten (C),**
- **Termine (D) sowie**
- **Verträge (E).**

Des Weiteren wird der AN mit Abschluss dieses Vertrages für alle Einzelprojekte mit der Erbringung der folgenden Besonderen Leistung beauftragt:

- Erstellung der funktionalen Leistungsbeschreibung für die Ausschreibung der TU/TÜ-Leistungen bzw. GP/GU-Leistungen.

Der AG behält sich das Recht vor, die in den Leistungsbeschreibungen (**Anlagenkonvolut 1**) und in den bepreisten Leistungsverzeichnissen (**Anlagenkonvolut 12.1**) genannten weiteren Besonderen Leistungen:

- Unterstützung des AG beim Fördermittelmanagement,
- Planungsprüfung und Planungsfreigabe in Abstimmung mit der AG,
- Wahrnehmung von Gremiensitzungen

bei Bedarf zu beauftragen (Option des AG).

Darüber hinaus besteht für den AG jederzeit die Option auch die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Projektstufen 3 (Ausführungsvorbereitung), 4 (Ausführung) und 5 (Projektabschluss) schriftlich zu beauftragen. Dabei ist der AG berechtigt, einzelne Projektstufen ganz oder teilweise oder auch nur einzelne Leistungen aus den Projektstufen und Handlungsbereichen zu beauftragen für sämtliche Einzelprojekte oder nur für einzelne Einzelprojekte.

Dem AN ist bewusst und der AN akzeptiert, dass ein vorzeitiger Abbruch der Umsetzung eines Einzelprojektes möglich ist und kein Anspruch auf Beauftragung Besonderer Leistungen und / oder weiterer Projektstufen noch ein Anspruch auf Vergütung bzw. Schadensersatz oder Aufwandersatz im Fall der Nichtbeauftragung weiterer Projektstufen und/oder Besonderer Leistungen besteht.

- 3.5 Der AN hat den AG rechtzeitig schriftlich zu informieren, wenn mit Blick auf den erreichten Leistungsstand und mit Blick auf den Projektterminplan und insbesondere den zu wahrenden Gesamtfertigstellungstermin die Beauftragung einer weiteren Projektstufe nach AHO-Heft Nr. 9 erforderlich wird. Der AN hat in diesem Zusammenhang die Pflicht, alle Potentiale, seine Leistungen möglichst zeiteffektiv zu gestalten, selbständig festzustellen und den AG entsprechend schriftlich zu unterrichten. Dies betrifft auch die Frage des Gegenstands der Weiterbeauftragung.
- 3.6 Der AN hat auf die Einhaltung des von dem AG festzulegenden Kostenrahmens hinzuwirken. Er hat den AG in jeder Phase der Zusammenarbeit rechtzeitig schriftlich auf voraussichtliche Qualitäts-, Kosten- und Terminabweichungen hinzuweisen und Lösungsvorschläge zur

Einhaltung der vom AG vorgegebenen Qualitäten, Kosten und Termine zu unterbreiten.

- 3.7 Wenn und soweit die Umsetzung der Einzelprojekte mit öffentlichen Mitteln gefördert werden kann, hat der AN insbesondere darauf zu achten und darauf hinzuwirken, dass die Bedingungen der öffentlichen Förderung beachtet und eingehalten werden.
- 3.8 Der AG setzt zur Realisierung seines umfassenden Schulbau- und Schulmodernisierungsprogramms für die betroffenen 27 schulischen Einrichtungen einen externen übergeordneten Multiprojektmanager ein. Der Multiprojektmanager wird alle Einzelprojekte im Wege einer übergeordneten organisatorischen Ebene steuern und planen. Der Umfang der vom Multiprojektmanager zu erbringenden Multiprojektmanagement-Leistungen orientiert sich dabei an den Vorgaben der AHO-Schriftenreihe Nr. 19 (Stand: Januar 2018). Dem AN wurde das Leistungsverzeichnis über die vom Multiprojektmanager zu erbringenden Leistungen im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens informatorisch zur Verfügung gestellt. Der AN verpflichtet sich zur kooperativen Zusammenarbeit mit dem Multiprojektmanager unter Einhaltung und Umsetzung der in seinem Organisationskonzept (**Anlage 12.3**) dargestellten Vorgehensweise. Er hat seine Leistungen in Abstimmung mit dem Multiprojektmanager zu erbringen, den Multiprojektmanager über den Leistungsstand fortlaufend zu informieren und unverzüglich auftretende oder vorhersehbare Probleme mitzuteilen. Des Weiteren verpflichtet sich der AN zur Wahrnehmung von Abstimmungs- und Koordinierungsterminen mit dem Multiprojektmanager sowie zur Erteilung von Auskünften bzw. Vorlage angefragter Informationen und Unterlagen an den Multiprojektmanager.

Der Multiprojektmanager generiert aus den von dem AN zur Verfügung gestellten Daten für die AG eine digitale Übersicht in Form eines Dashboards. Die Projektinformationen zum Projektstand sind daher über vorgefertigte Excel-Dateien von dem AN so zu befüllen, dass ein Datentransfer durch den Multiprojektmanager in das Dashboard erfolgen kann. Über die Funktion des Multiprojektmanagers soll ein fortlaufender Verbesserungsprozess in alle Projekte einfließen. Insofern soll der AN dem Multiprojektmanager auch über verbesserungsfähige Abläufe informieren. Der Multiprojektmanager hat ein übergeordnetes Programmhandbuch erstellt, nach dem alle Prozesse einheitlich zu verfolgen sind.

- 3.9 Der AN ist verpflichtet, die ihm übertragenen Leistungen und Aufgaben nach den anerkannten Regeln der Technik und den gültigen baurechtlichen und öffentlich-rechtlichen Vorschriften, unter Beachtung der maßgeblichen vergaberechtlichen Vorschriften, sowie nach dem Grundsatz der größtmöglichen Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit auch hinsichtlich späterer Unterhaltungs- und Betriebskosten zu erfüllen und die Anordnungen, Vorgaben und Anregungen des AG zu beachten. Der AN trägt die Verantwortung für die Mangelfreiheit seiner Leistungen auch bei Einverständnis des AG mit der Art und Weise der Leistungserbringung.
- 3.10 Der AN hat die Terminpläne der Einzelprojekte zu überwachen und den AG unverzüglich in Textform bzw. per E-Mail darauf hinzuweisen, wenn die Realisierung eines Einzelprojektes von dem Terminplan abweicht oder abzuweichen droht.

- 3.11 Der AN ist verpflichtet, seine Leistungen in Abstimmung mit den anderen fachlich Beteiligten, insbesondere dem Totalunternehmer/Totalübernehmer, Generalplaner und Generalunternehmer, dem Multiprojektmanager und sonstigen Baubeteiligten zu erbringen, insbesondere deren Leistungen bei der eigenen Leistungserbringung zu berücksichtigen und auf Einhaltung der Vertrags- und Projektziele hinzuwirken. Der AN hat auf eine vertragsgerechte Leistungserfüllung sämtlicher Projektbeteiligter, insbesondere des Totalunternehmers / Totalübernehmers, des Generalplaners und Generalunternehmers, Sonderfachleute, Berater und sonstigen Baubeteiligten sowie für eine Kontrolle aller planerischen und bauausführenden Fachbereiche im Sinne einer kompetenten, fachlichen und ganzheitlichen Unterstützung des AG zur Erreichung der vorgenannten Vertrags- und Projektziele Sorge zu tragen. Die Leistungspflicht des AN umfasst auch die Steuerung und Koordination von Projektbeteiligten, die im Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch nicht beauftragt worden sind, jedoch später hinzutreten.
- 3.12 Der AN hat seine Leistungen in die noch festzulegende Terminplanung sowie in den vereinbarten und fortgeschriebenen Bauablauf einzubinden und darauf hinzuwirken, dass alle erforderlichen Planungs- und Überwachungsleistungen innerhalb der zu vereinbarenden Qualitäten, Fristen und des zu vereinbarenden Kostenbudgets erbracht werden können und vom AN in keiner Weise verzögert werden.
- 3.13 Der AN ist verpflichtet, die Interessen des AG gewissenhaft wahrzunehmen und in jedem Stadium der Abwicklung dieses Vertrages eng mit dem AG zusammenzuarbeiten, die Leistungen des AG mit seinen Leistungen abzustimmen, den AG fortlaufend zu informieren und alle auftretenden oder vorhersehbaren Probleme in enger Zusammenarbeit mit dem AG und den Projektbeteiligten zu klären. Hat der AN gegen die Anwendung der von dem AG übergebenen Unterlagen oder der einzuhaltenden Bestimmungen oder Richtlinien Bedenken oder stellt er Lücken, Überschneidungen, Unklarheiten oder Widersprüche bei der Leistungserbringung der Projektbeteiligten fest, hat der AN den AG unverzüglich hierauf schriftlich hinzuweisen und darzulegen, wie diesen Bedenken Rechnung getragen werden kann oder wie diese Lücken, Überschneidungen, Unklarheiten oder Widersprüche geschlossen, verhindert oder beseitigt werden können. Verletzt der AN schuldhaft diese Überprüfungs- und Mitteilungspflicht, so ist er dem AG zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.
- 3.14 Die dem AN vorgelegten Unterlagen und Leistungen des AG und anderer Projektbeteiligte entbinden ihn nicht von seiner Verpflichtung zur selbständigen Prüfung dieser Unterlagen und der darauf beruhenden Leistungen der anderen Projektbeteiligten und von seiner Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der vom AN geschuldeten Leistungen. Diese Leistung des AN umfasst grundsätzlich eine kursorische Prüfung der Leistungen der übrigen Projektbeteiligten. Der AN hat den AG ausdrücklich in Textform darauf hinzuweisen, wenn er aufgrund der kursorischen Einschätzung zu dem Ergebnis kommt, dass eine sachverständige fachtechnische Überprüfung einzelner Leistungen zu erfolgen hat. Der AG ist berechtigt, eine selbständige Prüfung objektbezogen anzuordnen. Im Falle einer solchen Anordnung gilt § 5 dieses Vertrages.

- 3.15 Die vom AN erbrachten Leistungen sind auf Verlangen dem AG jederzeit zu dokumentieren und dem AG monatlich, nach Erfordernis und auf begründetes Verlangen des AG im Einzelfall auch wöchentlich, durch einen Statusbericht vorzulegen. Erkennbare Abweichungen sind in jedem Fall unverzüglich schriftlich aufzuzeigen.
- 3.16 Der AN ist verpflichtet, dem AG jeweils unverzüglich gesondert schriftlich oder in Textform zu berichten, falls er bei dem Totalunternehmer/Totalübernehmer oder sonstigen mit dem Projekt befassten Beteiligten die Gefahr von Leistungsstörungen erkennt, die Termin- oder Kostenüberschreitungen bewirken oder andere negative Auswirkungen auf die Vertrags- und Projektziele haben können. Insbesondere hat der AN frühzeitig negative Entwicklungen hinsichtlich Kosten, Terminen und der Qualität der Leistungen oder Lieferungen dem AG schriftlich anzuzeigen und rechtzeitig dem AG geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen vorzuschlagen und/oder Entscheidungshilfen zu geben.
- 3.17 Der AN hat zudem den AG rechtzeitig davon zu unterrichten, wann welche auftraggeberseitigen Entscheidungen zu treffen sind. Der AN übernimmt insoweit die Entscheidungsvorbereitung und insbesondere eine Entscheidungsterminplanung für den AG. Soweit eine Entscheidung oder sonstige Mitwirkungshandlung des AG nicht unverzüglich nach Hinweis und Vorbereitung durch den AN getroffen wird, hat der AN den AG an die ausstehende Entscheidung oder Mitwirkungshandlung zu erinnern und auf eine etwaige Dringlichkeit gesondert hinzuweisen. Die Unterrichtung sowie die schriftliche Darstellung mit Hinweisen und Vorbereitung hat in den Statusberichten zu erfolgen. Die Erinnerung hat unverzüglich und unabhängig von den Statusberichten nach einer etwaig für die Entscheidung oder Mitwirkungshandlung gesetzten Frist, spätestens aber rechtzeitig vor Eintritt einer Verzögerung im Projekt zu erfolgen.
- 3.18 Der AN hat den AG in dem von dem AG gewünschten Umfang Korrespondenz durch Übersendung von Kopien zur Verfügung zu stellen. Der AN hat dem AG während der Vertragserfüllung und bis zehn (10) Jahre nach Abnahme der letzten im Rahmen dieses Vertrages erbrachten Leistung, mindestens jedoch bis zehn (10) Jahre nach Fertigstellung der Einzelprojekte Auskunft zu erteilen und Einsichtnahme in projektbezogene Unterlagen zu gewähren und Kopien zur Verfügung zu stellen.
- 3.19 Der AN nimmt nach Aufforderung durch den AG an Terminen mit Behörden, der Rechtsberatung des AG oder an Sitzungen des AG jeder Art teil. Der AN hat diese Termine zu dokumentieren und dem AG ein Protokoll zur Verfügung zu stellen. Bei Aufforderung durch den AG hat der AN diese Termine auch zu koordinieren.
- 3.20 Der AN übergibt dem AG zum Abschluss jedes Einzelprojektes eine vollständige Projektdokumentation, die vor allem den erforderlichen Nachweispflichten des AG, insbesondere bei Behörden und ggf. Förderbehörden genügt. Die Struktur dieser Projektdokumentation ist mit dem AG in einem angemessenen Zeitraum vor Abschluss jedes Einzelprojektes abzustimmen.
- 3.21 Der AN verpflichtet sich zur Bereitstellung und Befüllung eines Projektkommunikationssystems,

entsprechend den Maßgaben der Leistungsbeschreibung, **Anlage 1**, das der Projektdokumentation dient. Zu diesem Projektkommunikationssystem hat der AN dem Multiprojektmanager Anmelde- und Zugriffsrechte zu gewähren, damit der Multiprojektmanager die wesentlichen Daten und Informationen in das von ihm zu betreibende – verfahrensübergreifende – Projektkommunikationssystem übertragen kann.

- 3.22 Der AN muss mindestens bis zum Abschluss aller sechs Einzelprojekte für den/die Totalunternehmer/Totalübernehmer der Einzelprojekte für die Beantwortung von Rückfragen zur Verfügung stehen.
- 3.23 Der AN hat seine Leistungen unter Einhaltung der mit seinem Angebot eingereichten Konzepte zu erbringen. Insbesondere ist er verpflichtet sicherzustellen, dass die Projektsteuerung nur durch eine Person besetzt ist, die für alle sechs Einzelprojekte zuständig ist und als Ansprechpartner sowohl dem AG als auch den übrigen Projektbeteiligten zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Stellvertretung des Projektsteuerers.
- 3.24 Der AN muss sicherstellen, dass die von ihm für die Erbringung der nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen verwendeten technischen Systeme an die des AG so angebunden werden können, dass keine technische Hürden (reibungslös, aufwandsarm und kurzfristig umsetzbar) bestehen.

§ 4 Rechtsgeschäftliche Vertretung, Vollmacht

- 4.1 Der AN ist nicht zur rechtsgeschäftlichen Vertretung des AG bevollmächtigt.
- 4.2 Dem AN kann im Einzelfall eine Vollmacht erteilt werden. In diesem Fall ist der AN verpflichtet, die Interessen des AG zu wahren und keine Interessen Dritter zu vertreten. Bei Erteilung einer Vollmacht ist auf Verlangen dem AN eine schriftliche Vollmacht auszuhändigen. Der AN ist verpflichtet, die schriftliche Vollmachtsurkunde unverzüglich dem AG zurückzugeben, wenn die Vollmacht eingeschränkt oder widerrufen wird. Ihm steht in Bezug auf die Vollmachtsurkunde kein Zurückbehaltungsrecht zu. Der AN ist verpflichtet, vor der Eingehung von finanziellen Verpflichtungen den AG zuvor über diese zu informieren. Ohne Zustimmung des AG ist der AN – auch im Rahmen einer erteilten Vollmacht – nicht berechtigt, kostenerhöhende oder zeitlich relevante Leistungen anzuordnen. Der AN ist nicht berechtigt, Verträge abzuschließen, zu ändern oder aufzuheben.

§ 5 Leistungsänderungen

- 5.1 Der AG ist jederzeit berechtigt, andere Leistungen, die durch die Änderung des Leistungsziels, des Leistungsumfangs, und/oder einer Änderung des Leistungsablaufs erforderlich werden (im Folgenden „**geänderte Leistungen**“) sowie nicht vereinbarte

Leistungen, die zur Ausführung der vertraglichen Leistung erforderlich werden (im Folgenden „**zusätzliche Leistungen**“) anzuordnen. Der AN ist verpflichtet, geänderte und zusätzliche Leistungen auszuführen, es sei denn, sein Betrieb ist auf derartige Leistungen nicht eingerichtet, die Erbringung dieser Leistungen ist ihm unmöglich oder für ihn unzumutbar.

- 5.2 Hinsichtlich der Erforderlichkeit geänderter oder zusätzlicher Leistungen hat der AN den AG in jeder Projektstufe zu beraten. Der AN ist verpflichtet, dem AG unverzüglich nach Anordnung und vor Beginn der Ausführung einer zusätzlichen oder geänderten Leistung ein schriftliches Honorarangebot zu unterbreiten, in dem die Kosten und die Ausführungszeit für die geänderten oder zusätzlichen Leistungen enthalten sind. Diese Aufstellung muss prüfbar sein. Unterlässt der AN diese vorherige Angebotserstellung, hat er keinen vertraglichen Anspruch auf zusätzliche Vergütung, es sei denn, der AG hat die Erhöhung des Aufwandes anerkannt oder hätte diesen erkennen müssen, oder der AN hat das Unterlassen der Ankündigung nicht zu vertreten. Das Angebot des AN ist vom AG schriftlich zu bestätigen.
- 5.3 Für zusätzliche und geänderte Leistungen steht dem AN eine Vergütung zu. Die Leistungen sind grundsätzlich nach Zeitaufwand entsprechend den im jeweils einschlägigen bepreisten Leistungsverzeichnis festgelegten Stundensätzen (**Anlagenkonvolut 12.1 „Kalkulation Stundenlohnarbeiten für zusätzlich zu beauftragende Leistungen**) zu vergüten, soweit die Vertragspartner nicht eine abweichende Vereinbarung schließen. Sämtliche Nebenkosten und Aufslagen des AN sind in den Stundensätzen bereits enthalten und werden nicht gesondert vergütet.
- 5.4 Streitigkeiten über vermeintliche Mehrvergütungsansprüche berechtigen nicht zur Leistungsverweigerung, es sei denn, der AG verweigert die Vergütungsanpassung zu Unrecht bereits dem Grunde nach und stellt keine Sicherheit.

§ 6 Projektteam

- 6.1 Der AN erbringt seine Leistungen mit dem in seinem Personaleinsatzkonzept (**Anlage 12.2**) benannten Projektteam. Insbesondere wird der AN die Projektsteuerungs-Ebene insgesamt nur mit der von ihm in seinem Personaleinsatzkonzept benannten Einzelperson besetzen, welche die Projektsteuerungsfunktion für alle drei Einzelprojekte übernimmt. Entsprechendes gilt für die Stellvertretung.

Die Projektsprache ist deutsch. Dementsprechend hat der AN sicherzustellen, dass sämtliche Leistungen durch das Projektteam in deutscher Sprache erbracht werden und die von ihm eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die deutsche Sprache in Wort und Schrift sicher beherrschen.

- 6.2 Der AN verpflichtet sich, sein Projektteam hinsichtlich der Anzahl der

Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen und deren fachlicher Qualifikation so zu besetzen und während der Vertragsdurchführung vorzuhalten, dass keine Verzögerungen entstehen und insbesondere die vereinbarten und für weitere Leistungsstufen die zu vereinbarenden Termine eingehalten werden. Der AN verpflichtet sich, im Bedarfsfall weitere Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen. Der AN hat darauf hinzuwirken, dass die von ihm benannten Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter über die gesamte Vertragsdauer für die Leistungserbringung eingesetzt werden.

6.3 Die Kontinuität des Projektteams, welches der AN in seinem Personaleinsatzkonzept benannt hat, ist für den AG von erheblicher Bedeutung. Der AN hat daher darauf hinzuwirken, dass die in seinem Personaleinsatzkonzept benannten Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter des Projektteams über die gesamte Vertragsdauer für die Leistungserbringung nach diesem Vertrag eingesetzt werden. Die in seinem Personaleinsatzkonzept (**Anlage 12.2**) namentlich benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projektteams dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Anzeige und Begründung des AN sowie nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung des AG ausgetauscht werden. Der AG wird die Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,

- wenn das neu vorgesehene Mitglied des Projektteams nicht mindestens über eine vergleichbare Qualifikation wie das auszutauschende Mitglied des Projektteams verfügt, oder
- das neu vorgesehene Mitglied des Projektteams nicht mindestens über eine vergleichbare, durch Referenzen nachgewiesene Berufserfahrung wie das auszutauschende Mitglied der Projektteams verfügt, oder
- der AN einen Austausch beabsichtigt, um das ursprünglich benannte Mitglied des Projektteams in einem anderen Projekt einzusetzen.

Bei Verstößen des AN gegen die Verpflichtung zur Personenkontinuität des Projektteams steht dem AG ein Kündigungsrecht aus wichtigem Grund zu.

§ 7 Örtliche Präsenz

- 7.1 Der AN ist nicht verpflichtet, ein Baubüro zu besetzen. Während der üblichen Geschäftszeiten, d.h. von montags bis freitags (ausgenommen gesetzliche Feiertage) in der Zeit von 9:00 Uhr bis 17:00 Uhr hat der AN dafür zu sorgen, dass entweder der Projektleiter oder der stellvertretende Projektleiter telefonisch und bei Bedarf persönlich vor Ort (Baubüro) direkt als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.
- 7.2 Dessen ungeachtet hat der AN auch Repräsentationsaufgaben zu erfüllen. So ist der Projektleiter bzw. bei Verhinderung sein Stellvertreter bei Bedarf auf Anforderung des AG

verpflichtet, wichtige Repräsentationsaufgaben, insbesondere bei wichtigen Entscheidungen, Präsentationen in Gremien, Wahrnehmung von Gremiensitzungen und Gesprächen mit dem Zuwendungsgeber, persönlich zur Verfügung zu stehen. Darüber hinaus hat der AN sicherzustellen, dass der von ihm benannte Projektsteuerer bzw. bei dessen Verhinderung sein Stellvertreter an den jeweils festgesetzten Besprechungsterminen mit allen Projektbeteiligten teilnimmt. (optionale Besondere Leistung nach näherer Maßgabe der Leistungsbeschreibungen und der bepreisten Leistungsverzeichnisse, **Anlagenkonvolut 1 und Anlagenkonvolut 12.1**).

- 7.3 Die Räume für das Baubüro hält der AG vor. Die Betriebskosten hierfür trägt der AG. Das Baubüro wird bei den Zentralen Diensten, zur Verfügung gestellt. Einzelheiten hierzu werden die Vertragspartner abstimmen.

§ 8 Einschaltung von Nachunternehmern

- 8.1 Der AN hat die beauftragten Leistungen selbst und eigenverantwortlich zu erbringen. Der AN ist ohne vorherige Abstimmung mit dem AG nicht berechtigt, die Leistungsausführung ganz oder teilweise auf Dritte (Nachunternehmer) zu übertragen. Die Einschaltung eines Nachunternehmers bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG.
- 8.2 Mögliche Nachunternehmer sind davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.
- 8.3 Der AN darf Leistungen nur an Nachunternehmer übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sind und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Der AN hat zwei (2) Wochen vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen sowie Name, Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschl. Mitgliedsnummer) des hierfür vorgesehenen schriftlich bekanntzugeben. Der AN muss sicherstellen, dass der Nachunternehmer die ihm übertragenen Leistungen nicht weiter vergibt es sei denn, die AG hat zuvor schriftlich zugestimmt.
- 8.4 Stimmt die AG der Übertragung von Leistungen an den Nachunternehmer zu, so ändert diese Zustimmung nichts daran, dass der AN auch für diese Leistungen unmittelbar haftet. Der AN haftet der AG insbesondere für die frist- und fachgerechte Erfüllung der von dem Nachunternehmer zu erbringenden Leistungen einschließlich der Gewährleistung.

§ 9 Termine und Fristen

- 9.1 Der AN ist verpflichtet, mit den nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen unverzüglich nach Zuschlagserteilung zu beginnen und seine Leistungserbringung kontinuierlich bis zur vollständigen Fertigstellung fortzusetzen.

9.2 Der AN ist verpflichtet, spätestens drei (3) Wochen nach Zuschlagserteilung für jedes Einzelprojekt einen Rahmenterminplan zu erstellen, der sich an dem Meilenstein-Terminplan (**Anlage 6**) orientiert und mindestens die folgenden Projektmeilensteine 1, 7 und 21 je Einzelprojekt gemäß dem Muster Projektmeilensteine (**Anlage 7**) enthält:

- Zuschlagserteilung Totalunternehmer/Totalübernehmer bzw. Generalplaner und Generalunternehmer,
- Abgabe des vollständigen Bauantrags,
- Fertigstellung,
- Nutzungsbeginn.

Des Weiteren hat der AN bei der Erstellung des Rahmenterminplans die Matrix „Verantwortlichkeit“ (Anlage 8) sowie die „Schnittstellen Kostengruppe 700“ (Anlage 9) zu berücksichtigen.

9.3 Der AN hat seine Leistungen so zu erbringen, dass alle erforderlichen Planungs- und Überwachungs- und Bauleistungen innerhalb der zu vereinbarenden Termine erbracht werden können und vom AN in keiner Weise verzögert werden.

9.4 Der AN hat die Terminpläne der Einzelprojekte zu überwachen und den AG unverzüglich und in Textform mit Hilfe elektronischer Mittel bzw. per E-Mail auf Störungen auf dem kritischen Weg oder Verzögerungen in Einzelprojekten hinzuweisen.

9.5 Wird erkennbar, dass Vertragstermine in Einzelprojekten nicht eingehalten werden können, ist der AN verpflichtet, den AG hierüber umgehend und umfassend zu unterrichten, mit den am jeweils betroffenen Einzelprojekt beteiligten Totalunternehmer/Totalübernehmer und Unternehmern Anpassungsmaßnahmen, soweit möglich kostenneutral, abzustimmen und dem AG Optimierungsvorschläge zu unterbreiten, die geeignet sind, die Einhaltung der Termine in den jeweils betroffenen Einzelprojekten sicherzustellen. Der AN hat Verantwortlichkeiten der Projektbeteiligten für die drohenden oder eingetretenen Terminüberschreitungen abzubilden.

§ 10 Vergütung

10.1 Für die Vergütung des AN für die von ihm vertragsgerecht erbrachten Leistungen gelten die in den bepreisten Leistungsverzeichnissen für die jeweiligen Einzelprojekte, **Anlagenkonvolut 12.1**, festgelegten Pauschalen und für die Erstellung der funktionalen Leistungsbeschreibungen die festgelegten Stundensätze und Tageshöchstsätze. Ein Tageshöchstsatz entspricht der Dauer von 8 Stunden. Für jede Stunde bzw. den Bruchteil einer Stunde erhält der AN als Entgelt den Bruchteil je Stunde. Die Prüffähigkeit der Rechnung von Leistungen, die nach Stundensätzen abgerechnet werden, setzt voraus, dass der AN dem AG schriftliche Leistungsübersichten übergibt, in denen die erbrachten

Tätigkeiten und der Sachbearbeiter/Sachbearbeiterinnen genannt werden.

- 10.2 Alle in den bepreisten Leistungsverzeichnissen (**Anlagenkonvolut 12.1**) genannten Preise sind Nettopreise und verstehen sich zzgl. der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer. Mit Zahlung der Vergütung sind sämtliche Ansprüche des AN im Zusammenhang mit der Leistungserbringung abgegolten. Insbesondere sind sämtliche bei der Vertragsausführung entstehenden Nebenkosten und Auslagen (wie z.B. Reisekosten, Post- und Telekommunikationskosten, Vervielfältigungskosten, Kosten der Verpflegung und Unterbringung des AN) mit den vereinbarten Pauschalen bzw. den vereinbarten Stundensätzen entsprechend den bepreisten Leistungsverzeichnissen, **Anlagenkonvolut 5.1**, abgegolten und werden nicht zusätzlich vergütet.
- 10.3 Die in den bepreisten Leistungsverzeichnissen festgelegten Pauschalen und Stundensätze sind Festpreise. Ein Anspruch des AN auf Preisanpassung ist grundsätzlich ausgeschlossen. Hiervon unberührt bleibt jedoch das Recht beider Vertragspartner zur Geltendmachung einer Preisanpassung nach § 313 BGB wegen Störung der Geschäftsgrundlage.
- 10.4 Die Vertragspartner gehen davon aus, dass die bauliche Errichtung für sämtliche Einzelprojekte im [Hinweis an Bewerber/Bieter: Wird im Verfahren ergänzt.] abgeschlossen sein wird (im Folgenden „Projektlaufzeit“). Eine Verlängerung der Projektlaufzeit führt grundsätzlich nur in den gesetzlich geregelten Fällen, beispielsweise § 642 BGB oder § 313 BGB, zu einer Anpassung des Honorars.

Verzögerungen in den Leistungserbringungen im Projektablauf rechtfertigen grundsätzlich keinen zusätzlichen Vergütungsanspruch für eine verlängerte Projektlaufzeit. Die Vertragspartner stimmen darin überein, dass es gerade Aufgabe des AN ist, jedwede Terminverzögerung zu vermeiden und im Rahmen der von ihm geschuldeten Vertrags- und Projektziele geeignete Maßnahmen zur Verhinderung einer Verlängerung der Projektdauer zu unternehmen und vorzuschlagen. Sofern sich die Projektlaufzeit ohne Verschulden des AN verlängert, schließt sich unmittelbar an die Projektlaufzeit eine Karenzzeit von 3 Monaten an. Leistungen des AN in dieser Karenzzeit werden nicht gesondert durch den AG vergütet, sondern sind mit den Pauschalfestpreisen abgegolten. Bei einer weiteren Verlängerung der Projektlaufzeit um mindestens 1 Monat über die vorgenannte Karenzzeit hinaus, erhält der AN die im relevanten bepreisten Leistungsverzeichnis (**Anlage 12.1**) genannte neue monatliche Pauschale („Pauschalfestpreis für die vom AN nicht zu vertretene Verlängerung der Projektlaufzeit“), sofern der Vertrag nicht von dem AG aus wichtigem Grund gekündigt wird.

Die Verpflichtung des AN, nachlaufende Leistungen, wie etwa die Prüfung der Schlussrechnungen von Planungs-/Baubeteiligten, Kostenfeststellungen und Mitwirkung bei der Beseitigung von Abnahmemängeln sowie Steuerung und Fertigstellung der Baudokumentation zu erbringen, bleibt durch die Vereinbarung der Projektlaufzeit unberührt.

Nachlaufende Leistungen sind zu dem Zeitpunkt vorzunehmen, zu dem sie ermöglicht werden, ohne dass hierfür ein Anspruch auf zusätzliche Vergütung gemäß dieser Ziffer 10.4 in Betracht kommt.

- 10.5 Ein vom AN im Rahmen seines beauftragten Honorarangebots (**Anlagenkonvolut 12**) gewährter Nachlass findet auch beim Honorar für Leistungsänderungen Anwendung.

§ 11 Rechnungsstellung und Zahlungen

- 11.1 Der AN erhält alle zwei Monate Abschlagszahlungen in angemessener Höhe entsprechend dem nachgewiesenen Leistungsstand. Den Abschlagsrechnungen müssen Einzelnachweise über den erreichten Leistungsstand unter Beifügung von entsprechenden Statusberichten bzw. über die erbrachten Stunden beigelegt sein. Der Leistungsnachweis muss nach Vorgabe des AG projektscharf auf die Einzelprojekte heruntergebrochen werden, damit dem AG eine bilanzielle Aktivierung möglich ist.
- 11.2 Abschlagszahlungen beinhalten keine Teilabnahme oder Freigabe von Leistungen oder Leistungsinhalten im Hinblick auf deren Vollständigkeit, Richtigkeit oder Mangelfreiheit.
- 11.3 Die Schlusszahlung hinsichtlich der beauftragten und vom AN erbrachten Projektstufen ist innerhalb von zwei (2) Monaten nach durchgeführter förmlicher Abnahme der Leistungen des AN und nach entsprechender, sich daran anschließender Rechnungsstellung fällig.
- 11.4 Der jeweils zu leistende Rechnungsbetrag ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab Rechnungseingang zur Zahlung fällig und auf das in der Rechnung angegebene Geschäftskonto des AN zu überweisen.

§ 12 Abnahme

- 12.1 Jeder Vertragspartner kann eine förmliche Abnahme verlangen. Unter einer förmlichen Abnahme wird die Durchführung einer gemeinsamen Abnahmeverhandlung verstanden, deren Protokoll beide Vertragspartner unverzüglich nach der Abnahmeverhandlung unterzeichnen, soweit die Abnahmevoraussetzungen vorliegen. Im Übrigen gilt § 640 BGB.
- 12.2 Voraussetzung für die abnahmereife Fertigstellung der vertraglich geschuldeten Leistungen ist neben den Bestimmungen in Ziffer 12.1, dass die nach diesem Vertrag und seinen Anlagen geschuldete Dokumentation mindestens 14 Kalendertage vor Abnahme dem AG vollständig und vertragsgemäß übergeben wurde.

§ 13 Mängelrechte

- 13.1 Die Mängelrechte des AG richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts. Der AN steht für die Einhaltung und Erfüllung der vereinbarten Vertrags- und Projektziele und des geschuldeten Werkerfolges ein.
- 13.2 Etwaig auftretende Mängel an Leistungen des AN, die schon während der Ausführung erkannt werden, hat der AN unverzüglich auf eigene Kosten zu beseitigen. Hat der AN den Mangel zu vertreten, so hat er auch den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Der AG ist berechtigt, dem AN während der Ausführung der Leistungen eine angemessene Frist zur Beseitigung des Mangels setzen.
- 13.3 Bei Nichtbefolgung von vom AN erstellten Entscheidungsvorlagen durch den AG wird der AN von der Haftung insoweit befreit. Dies gilt nicht, wenn der AG begründete Bedenken gegen die Entscheidungsvorlage angemeldet hat und der AN auf Befolgung seiner Entscheidungsvorlage besteht oder die vom AN erstellte Entscheidungsvorlage inhaltlich unrichtig, unvollständig oder mangelhaft war, ohne dass dies der AG hätte erkennen können.

§ 14 Haftung

- 14.1 Der AN haftet dem AG nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen unbeschränkt für alle Schäden und Ansprüche, die daraus entstehen, dass der AN seine Leistungen nicht, nicht fristgerecht oder mangelhaft erbringt und/oder gesetzliche oder behördliche Bestimmungen, die der AN im Zusammenhang mit der Leistungserbringung einzuhalten hat, nicht erfüllt werden.
- 14.2 Der AN versichert, dass seine nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen frei von Rechten Dritter sind. Wird der AG von Dritten wegen Schäden, die bei der Vertragserfüllung vom AN verursacht wurden, erfolgreich in Anspruch genommen, hat der AN den AG auf schriftliches Anfordern freizustellen, es sei denn, der AN hat die Pflichtverletzung nicht zu vertreten. Weitergehende Ansprüche des AG bleiben unberührt.

§ 15 Versicherung

- 15.1 Der AN verpflichtet sich, eine Berufshaftpflichtversicherung für Schäden in angemessenem Umfang abzuschließen und für die Dauer der Leistungserbringung zu unterhalten. Folgende Deckungssummen müssen mindestens pro Versicherungsfall gewährleistet sein:

- Sach- und Personenschäden: 5,0 Mio. EUR
- Vermögensschäden: 5,0 Mio. EUR.

Die jeweils genannten Mindest-Deckungssummen müssen pro Vertragsjahr 2-fach zur Verfügung stehen.

- 15.2 Der Abschluss der Haftpflichtversicherung ist dem AG innerhalb von 15 Werktagen (mit Ausnahme der Samstage) nach Abschluss dieses Vertrages durch Übersendung einer Bestätigung des Versicherers unter Beifügung einer Kopie der Police des Versicherungsvertrages nachzuweisen. Zahlungen an den AN erfolgen erst nach Vorlage der Versicherungsbestätigung. Der AG kann jederzeit den Nachweis des Fortbestandes der Versicherung verlangen.

Die Kosten der Versicherung werden dem Auftragnehmer nicht besonders vergütet.

§ 16 Ereignisse höherer Gewalt

- 16.1 Ereignisse höherer Gewalt befreien die Vertragspartner für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von ihren Leistungsverpflichtungen. Höhere Gewalt ist jedes nach Vertragsschluss entstehende oder ohne Verschulden des sich hierauf berufenden Vertragspartners erst nachträglich bekannt gewordene Ereignis außerhalb der Kontrolle und Vorhersehbarkeit des betroffenen Vertragspartners, das von ihm auch bei Anwendung der vernünftigerweise zu erwartenden Sorgfalt und aller wirtschaftlich und technisch zumutbaren Mittel nicht oder nicht rechtzeitig verhindert werden kann.
- 16.2 Zu Ereignissen höherer Gewalt zählen insbesondere Naturkatastrophen, Krieg, terroristische Angriffe, sowie hoheitliche Anordnungen, Arbeitsk Kampfmaßnahmen (z.B. Streik, Aussperrung) stellen ebenfalls Fälle höherer Gewalt dar, es sei denn, den jeweiligen Vertragspartner trifft ein Übernahme-, Vorsorge- oder Abwendungsverschulden.
- 16.3 Der betroffene Vertragspartner ist verpflichtet, den anderen Vertragspartner unverzüglich unter Darlegung der ihn an der Erfüllung des Vertrages hindernden Umstände und der voraussichtlichen Dauer der Leistungshinderung zu unterrichten. Er wird darüber hinaus alles ihm Zumutbare unternehmen, um das Leistungshindernis so schnell wie möglich zu beseitigen. Sollte ein Vertragspartner aufgrund eines Ereignisses höherer Gewalt über einen längeren Zeitraum als drei (3) Monate an der Leistungserbringung gehindert sein, ist der andere Vertragspartner zur fristlosen Kündigung dieses Vertrags berechtigt.

§ 17 Vertraulichkeit

- 17.1 Die Vertragspartner verpflichten sich wechselseitig, sämtliche Informationen, Unterlagen, sowie kaufmännische und technische Daten oder sonstige Tatsachen und Kenntnisse, die den Inhalt dieses Vertrags und eines Einzelprojektes und/oder die Rechts- und tatsächlichen

Verhältnisse des anderen Vertragspartners betreffen (im Folgenden „**Vertrauliche Informationen**“) vertraulich zu behandeln und – mit Ausnahme der nachfolgenden Bestimmungen – nicht ohne vorherige Zustimmung des anderen Vertragspartners an Dritte weiterzugeben.

- 17.2 Die Vertragspartner sind berechtigt, Vertrauliche Informationen an ihre Aufsichtsgremien, an aktienrechtlich verbundene Unternehmen, an Mitarbeiter sowie an externe Berater und andere Vertragspartner weiterzugeben, sofern dies für die Umsetzung dieses Vertrags erforderlich ist. Den involvierten Personen sind die gleichen Geheimhaltungspflichten aufzuerlegen, sofern sie nicht von Berufs wegen zur Verschwiegenheit verpflichtet sind.
- 17.3 Die vorstehende Verpflichtung zur Geheimhaltung besteht nicht für solche Informationen, die nachweislich:
- zur Zeit ihrer Übermittlung bereits offenkundig waren, oder
 - zur Zeit ihrer Übermittlung dem Informationsempfänger bereits bekannt waren, vorausgesetzt, dass sie nicht direkt oder indirekt von dem jeweils anderen Vertragspartner erhalten worden sind, oder
 - nach ihrer Übermittlung ohne Zutun des Informationsempfängers offenkundig werden, oder
 - aufgrund Bestehens einer gesetzlichen Pflicht zur Informationsweitergabe, beispielsweise im Rahmen der Informations- und Auskunftspflichten nach der GO NRW gegenüber dem Rat und seiner Ausschüsse, weitergegeben werden,
 - nach Austausch der Informationen von einem Dritten auf rechtmäßige Weise und ohne Einschränkung hinsichtlich der Geheimhaltung zugänglich geworden sind, vorausgesetzt, dass der Dritte sie nicht direkt oder indirekt von dem anderen Vertragspartner erhalten hatte.
- 17.4 Die Offenlegungspflicht aufgrund gerichtlicher oder behördlicher Entscheidungen sowie etwaige gesetzliche Offenlegungspflichten bleiben von der Geheimhaltungspflicht unberührt.
- 17.5 Der AN verpflichtet sich, ohne vorherige Zustimmung des AG keine Pressemitteilungen oder sonstigen Verlautbarungen zu veröffentlichen, die sich auf diesen Vertrag sowie eine diesbezügliche Leistungserbringung beziehen. Entsprechendes gilt für die Erwähnung des AG als Vertragspartner gegenüber Dritten zu Zwecken der Werbung oder anderweitiger Öffentlichkeitsarbeit.
- 17.6 Die Geheimhaltungspflicht gilt für die Dauer dieses Vertrages und für fünf Jahre nach seiner Beendigung fort.

§ 18 Datenschutz

- 18.1 Wenn und soweit im Zusammenhang mit diesem Vertrag vom AN personenbezogene Daten verarbeitet werden, verpflichtet sich der AN zur Einhaltung der jeweils einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Der AN wird den AG auf eine solche Verarbeitung hinweisen, damit die Vertragspartner bei Bedarf eine gesonderte Vereinbarung über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten schließen können.
- 18.2 Der AN wird auftragsbezogene Daten nur in dem Umfang erheben und nutzen, wie es die Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistungen erfordert.
- 18.3 Die Verpflichtungen des AN im Zusammenhang mit der Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen bestehen, so lange Anwendungsdaten im Einflussbereich des AN liegen, auch über das Vertragsende hinaus fort.

§ 19 Rechteeinräumung

- 19.1 Die vom AN zur Erfüllung dieses Vertrages für den AG gefertigten und beschafften Unterlagen, insbesondere Original-Unterlagen einschließlich Daten und Datenträger sowie dem AN vom AG oder von den am Bau Beteiligten überlassenen Unterlagen, sind dem AG jederzeit auf dessen Verlangen auszuhändigen, spätestens nach Erfüllung aller vom AN nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen. Sie werden Eigentum des AG. Dem AN steht ein Zurückbehaltungsrecht an diesen Unterlagen nicht zu, es sei denn wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Ansprüche. Das gilt auch für den Fall der vorzeitigen Beendigung dieses Vertrages.
- 19.2 Die dem AN vom AG übergebenen Pläne, Speichermedien, Berechnungen und sonstigen Unterlagen hat der AN spätestens mit Beendigung der Vertragsverhältnisse, ansonsten wenn er sie nicht mehr benötigt, dem AG vollständig zurückzugeben. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben hiervon unberührt. Änderungen und Ergänzungen der vom AG oder Dritten übergebenen vorgenannten Unterlagen durch den AN sind ohne vorherige Zustimmung des AG nicht zulässig. Der AN darf die ihm vom AG oder seinen Erfüllungsgehilfen oder Dritten übergebenen Unterlagen nicht für andere, insbesondere dem in § 1 genannten Projekt nicht unterliegende Vorhaben oder für andere Projekte verwenden.
- 19.3 Der AN ist verpflichtet, Projektinformationssysteme zu nutzen, soweit der AG solche in den Einzelprojekten einrichtet, so dass der AG jederzeit in der Lage ist, online auf alle Daten des Projektes zuzugreifen.

§ 20 Vertragslaufzeit, Kündigung

- 20.1 Dieser Vertrag wird mit Zugang des Zuschlagserteilungsschreibens wirksam und gilt bis zur vollständigen Erfüllung aller nach diesem Vertrag beauftragten Leistungen.
- 20.2 Der AG kann den Vertrag gemäß § 648 BGB jederzeit ohne Angabe von Gründen ganz oder teilweise kündigen.
- 20.3 Der AG und der AN können den Vertrag jeweils aus wichtigem Grund gemäß § 648a BGB ganz oder teilweise kündigen. Ein wichtiger Grund, welcher den AG zur Kündigung berechtigt, liegt insbesondere vor, wenn:
- der AN den von ihm in seinem Personaleinsatzkonzept (**Anlage 12.2**) benannten Projektleiter austauscht und auch innerhalb einer vom AG gesetzten angemessenen Frist nicht einem gleichwertigen Ersatz nachkommt;
 - die angemessene Frist zur Beseitigung eines wesentlichen Mangels gemäß § 13.2 erfolglos abgelaufen ist;
 - der AN den Versicherungsschutz nicht innerhalb der nach § 15 vorgesehenen Frist nachweist und dieses Versäumnis auch nicht innerhalb einer von dem AG gesetzten Nachfrist von zwei Wochen nachholt;
 - der AN Personen, die auf Seiten der AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehende Personen mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu der Verwaltung oder dem Unternehmen der AG Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des AN selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des AN mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind.
- 20.4 Der AG ist ferner berechtigt, diesen Vertrag aus wichtigem Grund bezogen auf ein Einzelprojekt zu kündigen, wenn sich ein Einzelprojekt wesentlich, d.h. um mehr als 6 Monate - gleich aus welchem Grund - verzögert. In dem Fall werden nur die bis zum Zeitpunkt der Kündigung erbrachten und nachgewiesenen Leistungen für das betroffene Einzelprojekt vergütet. Weitergehende Ansprüche des AN für nicht erbrachte Leistungen sind ausgeschlossen. [Hinweis an die Bieter: Es handelt sich um einen ersten Formulierungsvorschlag. Die Bieter sind aufgefordert, mitzuteilen, ob diese Regelung für sie akzeptabel ist, oder ob und ggf. welchen Änderungsbedarf sie für erforderlich halten]
- 20.5 Ein weiterer wichtiger Grund, der den AG zur Kündigung berechtigt, liegt vor, wenn
- eine für die Errichtung und den Betrieb eines Einzelprojektes sonstige erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigung nicht oder nur mit für den AG unzumutbaren Auflagen erteilt wird, oder nicht bestandskräftig wird. [Hinweis an die Bieter: Bei den vorgenannten Kündigungsgründen aus wichtigem Grund handelt es sich um einen

ersten Formulierungsvorschlag. Die Bieter sind aufgefordert, mitzuteilen, ob die genannten Kündigungsgründe für sie akzeptabel sind, oder ob und ggf. welchen Änderungsbedarf sie für erforderlich halten.]

- 20.6 Wird der Vertrag aus einem für die AG wichtigen Grund oder aus einem sonstigen Grund gekündigt, den der AN zu verantworten hat, steht dem AN eine Vergütung nur für die bereits beauftragten, bis zur Kündigung mangelfrei erbrachten und für die AG verwertbaren Leistungen zu. Weitergehende Ansprüche des AN bestehen nicht. [Hinweis an die Bieter: Es handelt sich um einen ersten Formulierungsvorschlag. Die Bieter sind aufgefordert, mitzuteilen, ob diese Regelung für sie akzeptabel ist, oder ob und ggf. welchen Änderungsbedarf sie für erforderlich halten]
- 20.7 Wird der Vertrag aus einem sonstigen, nicht von dem AN zu verantwortenden Grund gekündigt, ist der AN berechtigt, für die bis dahin vertragsgemäß und abnahmefähig erbrachten Leistungen das vereinbarte Honorar zu verlangen. Der AN erhält darüber hinaus für noch nicht erbrachte Leistungen eine Vergütung entsprechend den Regelungen in § 648 BGB. Er muss sich dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.
- 20.8 Der AN hat dem AG den vollständigen Leistungsstand innerhalb von sieben (7) Kalendertagen nach Zugang der Kündigung durch Vorlage aller bereits erbrachten Leistungen nachzuweisen. Der Nachweis ist nur dann ordnungsgemäß erbracht, wenn der AN (a) dem AG lückenlos sämtliche Unterlagen zur Verfügung stellt und (b) durch eine nachvollziehbare Aufstellung die erbrachten Leistungen in Verhältnis zu den vertraglich geschuldeten, kündigungsbedingt aber nicht mehr erbrachten Leistungen setzt. § 648a Abs. 4 BGB bleibt unberührt.
- 20.9 Eine Kündigung bedarf der Schriftform, nicht allein der Textform.

§ 21 Schlussbestimmungen

- 21.1 Sämtliche Anlagen sind Bestandteil dieses Vertrages. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu Nachweiszwecken der Schriftform. Nachträglich getroffene individuelle Abreden zwischen den Vertragspartnern bleiben jedoch auch ohne Rücksicht auf die Einhaltung der Schriftform wirksam.
- 21.2 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hierdurch nicht berührt. Den Vertragspartnern ist die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs bekannt, wonach eine salvatorische Erhaltungsklausel lediglich die Beweislast umkehrt. Es ist jedoch der ausdrückliche Wille der Vertragspartner, die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten

und damit § 139 BGB insgesamt abzubedingen. Soweit eine Bestimmung nicht Vertragsbestandteil geworden oder unwirksam geworden ist, richtet sich der Inhalt des Vertrages nach den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften. § 306 Abs. 3 BGB bleibt unberührt. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken dieses Vertrages.

- 21.3 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist der Geschäftssitz des AG, Bochum. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Internationalen Privatrechts und unter Ausschluss des UN-Übereinkommens über Verträge über den internationalen Warenkauf als vereinbart.

Anlagenverzeichnis:

[...]